Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 2 (1934-1935)
Heft: 9

Artikel: Kriegswirtschaftliche Vorbereitungen
Autor: Steinmann, Arthur
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-758959

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

nahmen zu schildern. Über die Dringlichkeit eines richtigen Gasschutzes kann kein Zweifel bestehen, wenn bedacht wird, daß nicht nur die Verwendung von Gaskampfstoffen eine für den chemischen Krieg nicht vorbereitete Armee in ihren Grundfesten erschüttern würde, sondern daß auch die Vernachlässigung des Gasschutzes durch unsere Armee einen Gegner geradezu zum Gebrauch von ungiftigen (also erlaubten) oder giftigen Gaskampfstoffen verführen müßte. Die Tatsache, daß ein wirksamer Gasschutz technisch und finanziell sehr wohl durchgeführt werden kann, verpflichtet um so mehr, die gesamte Gasabwehr mit allen Kräften intensiv und rasch zu fördern und so weit als möglich zu entwickeln.

Kriegswirtschaftliche Vorbereitungen

von Oberst i. Gst. Arthur Steinmann

Tre cose, Sire, ci bisognano preparare, danari, danari e poi danari.» Das war die Antwort des Marschalls Trivulzio auf die Frage Ludwigs XII., welche Rüstungen und Vorräte zur Eroberung des Herzogtums Mailand nötig seien. Der Weltkrieg hat dieser einst verblüffenden Antwort durch wahrhaft astronomische Zahlen recht gegeben. Daß den kriegerischen Entschlüssen von 1914 hinsichtlich des Geldbedarfs wohl ganz unzureichende Überlegungen vorausgegangen sind, zeigen in der Folge die tiefe Verarmung auf der einen und eine übermäßige internationale Verschuldung auf der andern Seite.

Ein Staat, der wie die Schweiz sich nicht in militärische Abenteuer zu stürzen gedenkt, ist der Sorge um Finanzierung von Feldzügen enthoben. Das entläßt ihn aber keineswegs aus der Pflicht, beizeiten ins Klare darüber zu kommen, mit welchen Mitteln er den Ereignissen, die durch die Auseinandersetzungen der Nachbarn an unsere Grenze gespült werden, zu begegnen beabsichtigt. Und zwar nach der finanziellen, der militärischen und der wirtschaftlichen Seite.

Die Frage nach den finanziellen Konsequenzen beginnt schon bei den Aufwendungen für die Zurüstungen in Friedenszeiten. Bewaff-

nung, Ausrüstung und Ausbildung als vorbereitende Maßnahmen aktiver Landesverteidigung bedingen bereits jährliche Ausgaben von ansehnlichem Umfang. Der Militärvoranschlag, der 95 Millionen übersteigt, nimmt unter den Budgets der verschiedenen eidgenössischen Departemente an Umfang die zweite Stelle ein. Dabei läßt man sich im Ausmaß nicht von der Freude an großen Zahlen, sondern einzig von den Erfahrungen des Krieges leiten und beugt sich übrigens unter die Diktatur der Technik. Das waren die Gründe, weshalb die Infanterie mit schweren Waffen ausgerüstet, der Maschinengewehrbestand neuerdings vermehrt und die Verlängerung der Rekrutenschule dringlich erklärt wurden. Bei all dem ist es aber durchaus verständlich, daß nüchterne Rechner immer wieder nach der Tragbarkeit der Militärlasten fragen.

Ich habe es mir hier nicht zur Aufgabe gestellt, die finanzielle Vertrauenswürdigkeit und Leistungsfähigkeit unseres Landes, soweit seine Militärausgaben in Betracht fallen, im einzelnen zu überprüfen; ich beschränke mich auf einige wenige Angaben, die ich andernorts zahlenmäßig belegt habe.

Es liegt vor aller Augen, daß unser Volksvermögen in den letzten Jahren Not gelitten hat. Die Handelsbilanz verschlechtert sich zusehends; die Zahlungsbilanz bedroht die Währung, so daß wir uns zu entscheidenden Maßnahmen werden entschließen müssen. Die Bundeskasse weist gegenüber einem Vermögen von 46 Millionen Franken im Jahre 1912 heute eine Schuld von über 1,58 Milliarden auf. Im Jahre 1924 waren es sogar 1,8, in 1928 noch 1,6 Milliarden. Auch der allgemeine Wohlstand ist im Schwinden. Die Vermögen schrumpfen, die Sparguthaben sind angegriffen, wie überhaupt in weitesten Kreisen aus verschiedenen Ursachen von der Substanz gelebt wird. Es bedeutet zweifelhaften Trost, wenn wir uns sagen lassen, daß es in allen andern Staaten nicht besser aussieht. Dagegen wollen wir doch dankbar anerkennen, daß wir ehedem — es sind noch keine fünf Jahre her — unter den wohlhabendsten Ländern so ziemlich die Spitze hielten. So wie sich die Lage allerwärts in ähnlichen Erschütterungen verschlimmert hat, ist der Schluß zweifellos zulässig, daß wir keinesfalls so viel mehr als andere Länder gelitten haben, daß wir nicht immer noch bilanzmäßig in vorderster Linie stünden.

Nun rangiert die Schweiz hinsichtlich der Höhe der Militärausgaben, verglichen mit andern Staaten, an neunter odere zehnter Stelle, wobei die militärgeographisch ungünstige Lage, der hohe In-

dex und vor allem auch die Tatsache, daß wir mit einer beispiellos hohen Kasernenlebenshaltung zu rechnen haben, nicht übersehen werden dürfen. Unser Sold beträgt das Vielfache dessen, was in Nachbararmeen an die Militärpflichtigen ausgerichtet wird.

Die grundsätzlich oder wenigstens in ihrem Ausmaß beanstandeten Militärausgaben begegnen zwei Haupteinwänden: sie seien unproduktiv und verunmöglichten es, die Gelder zu «bessern» Zwecken zu verwenden. Die erste Einrede läßt Spielraum für die übelsten Begriffskünsteleien. Ich muß es mir versagen, mich mit irgendwem über den Sinn «der Unproduktivität öffentlicher Ausgaben» herumzustreiten. Tatsache ist jedenfalls, daß nahezu 95 % aller Zahlungen im Lande bleiben und Handwerkern und Industrieunternehmen und damit ihren Arbeitern auskömmmlichen Verdienst verschaffen. Die zweite Einrede hätte den Schein einer gewissen Berechtigung, wenn unserm Staate nachgewiesen werden könnte, daß tatsächlich der Militärausgaben wegen Aufwendungen für sogenannte «bessere» Zwecke in unverantwortlichem Maße unterblieben. Eine gewissenhafte Nachprüfung zerstreut aber alle Bedenken. Und auch der Vergleich mit andern Ländern stellt uns das günstigste Zeugnis aus. Setzt man ihre Militärbudgets zu den Gesamtbudgets ins Verhältnis, so erkennt man, daß die Schweiz für Erziehungs- und Sozialversicherungszwecke, für Gesundheits- und Verkehrswesen mehr ausgibt als alle in Betracht fallenden Staaten.

Unter einem einzigen Umstand sind unsere Militärausgaben zu hoch, dann nämlich, wenn sie zu nieder sind, um das unerläßliche Kriegsgenügen zu gewährleisten. Dann ist jeder ausgegebene Franken ein verschleudertes Geldstück. Wir müssen unsere Heeresaufwendungen so hoch bemessen, daß nach menschlicher Berechnung in allen Teilen das erreicht wird, was wir als wirksame Landesverteidigung einzuschätzen befugt sind.

Wenn wir nun festhalten, daß die Schweiz, wie ich im Hinblick auf früher Bewiesenes in diesem Fragment bloß angedeutet habe, ebensowohl und eher vielleicht als andere Staaten in der Lage ist, die ihr von den Umständen aufgenötigten Militärlasten zu tragen, so ist gleich beizufügen, daß wir übrigens dazu auch durch internationale Abkommen und unsern Willen, sie zu halten, moralisch verpflichtet sind. Vor allem lassen wir es uns aber aus freien Stücken und um der Liebe zu unserm Vaterlande willen etwas kosten. Der verehrte Chef des Generalstabs der Armee, Sprecher von Bernegg, hat

in seinem Bericht über die Mobilmachung und den Verlauf des Aktivdienstes was folgt geschrieben: .... «so wird auch uns nichts anderes übrig bleiben, als nach wie vor mit dem nationalen, politischen und ökonomischen Egoismus der Nachbarn zu rechnen und uns für unsere Sicherheit auf den Schutz des Allmächtigen zu verlassen, die Kräfte aber, die er uns zur Selbsterhaltung gegeben, gewissenhaft dafür auszunützen, daß wir für die Wahrung unserer Freiheit und Unabhängigkeit nicht nur auf die Gnade und den guten Willen selbstsüchtiger Staaten und Menschen angewiesen seien.»

Mit den rein militärischen Zurüstungen, wie sie in Bewaffnung, Bekleidung und Ausbildung der Wehrfähigen begriffen sind, ist es jedoch nicht getan. Es genügt keinesfalls, alles zum Waffengang bereit zu machen; es muß zugleich dafür gesorgt werden, daß, wenn er zur Tat wird, der Ausnahmezustand von Armee und Volk physisch durchgehalten wird, ansonst alle Vorbereitungen eitel Selbsttäuschung und Eigenbetrug wären. Sind die militärischen Dispositionen Vorsorge für ständige Schlagfertigkeit der Armee und Kampfbereitschaft aller kriegerischen Machtmittel, so bedeuten demgegenüber die wirtschaftlichen die Vorsorge für die Existenzmöglichkeit des ganzen Volkes während des Krieges.

Der Weltkrieg hat uns auch in dieser Disziplin Lehren erteilt. Denken wir nur an die «danari». Fehler sind von den andern und bei uns gemacht worden. Ich gehe nicht darauf ein, sondern erinnere im Zusammenhang nur daran, daß schon Adolf Wagner in den siebziger Jahren auf das dortige anormale Verhältnis der Bundesstaaten zum Reich in finanzpolitischer Richtung hingewiesen hat. Dem Reich, das für die Außenpolitik und Kriegführung einzig zuständig, mit andern Worten der Träger des größten Risikos war, sollte, meinte der große Nationalökonom, für seine Zwecke und jedenfalls für den Kriegszustand der Zugriff für die am leichtesten zu steigernden Steuerarten, vor allem Einkommen- und Vermögenssteuer, anvertraut sein. Der Fall liegt für uns analog; auch wir müssen uns über die finanziellen Bedürfnisse einer «Eidgenossenschaft auf Kriegsfuß» und deren rationellste und sicherste Befriedigung Rechenschaft geben. Uns gehen genau so gut die Belehrungen darüber an, wie wir am besten finanzpolitisch manipulierten. Es darf uns ferner als willkommener Fingerzeig gelten, wenn die Kriegslastenverteilung Englands, die darin bestanden hat, daß das Verhältnis von Steuern zu Anleihen gleich eins zu zwei durchgehalten wurde, als die muster-

gültigste hingestellt wird.[1] Zu den Mobilmachungsplänen gehört also vor allem die Gesamtheit der Finanz- und Kreditpläne, um den ersten Hauptbestandteil der wirtschaftlichen Mobilmachung zu nennen.

Bellum se ipsum alet gilt für Staaten, die auf dem Boden reiner Landesverteidigung stehen, längst nicht mehr. Die finanziellen Mittel müssen aus eigener Kraft hervorgeholt werden können und zwar ausreichend genug, um Verpflegung, Bewaffnung, Bekleidung, Unterhalt in jeder Richtung und ständigen Ersatz sicherzustellen. Dazu gehört ergänzend die Organisierung des Heranbringens und Verarbeitens aller habhaften Materialien. Es bedarf einer in alle Einzelheiten geplanten wirtschaftlichen Kriegsvorsorge. Ohne sie steht die beste militärische Bereitschaft in der Luft. Eine fechtende Truppe ohne genügende Zufuhr, eine Grenzarmee ohne Gewißheit, daß den zu Hause Gebliebenen geholfen wird, ist weder physisch noch psychisch schlagkräftig. Wird im Rücken der Armee die Lage der Bevölkerung unerträglich, so wird selbst eine von bestem Geiste beseelte Truppe von hinten überwunden. Über die Wichtigkeit der Versorgung weiß uns die Kriegsgeschichte mancherlei zu erzählen. Die Gallier haben den Römern durch methodische Störung ihrer Verpflegung manchen Sieg äußerst schwer gemacht. Man lese sodann nach, was in napoleonischen Feldzügen die Mannschaft entmutigt und teilweise zu weiterer Steigerung von Strapazen und Leistungen unfähig gemacht hat. Oudinot berichtet an Berthier am 12. November 1812, er habe sein reduziertes Armeekorps in einem bedauernswerten Zustand angetroffen. «Die Truppe sei schlecht gekleidet, noch schlechter beschuht, ungenügend verpflegt», deshalb seien bei jedem Marsch große Abgänge zu verzeichnen. Ähnlich schreibt im Frühjahr 1812 Trompeter Hoffmann vom 3. Schweizerregiment aus Stargard. Und Oberst Thomasset macht seine Vorgesetzten darauf aufmerksam, daß er nächstens die Häuser abdecken müsse, um die Pferde zu füttern. Die Soldaten schlafen auf dem bloßen Boden; daher große Krankenbestände.

Die ständige Rücksicht auf Beschaffung der vielen Materialien, die zur Erhaltung der Kampffähigkeit der Truppe nötig sind, hat wohl den prägnantesten Ausdruck darin gefunden, daß man die Strategie als «die Lehre von den Bedürfnissen der Heere» bezeichnet

---

[1] In der Schweiz sind die nachträgliche Kriegssteuer und selbst die Krisensteuer, in ihrer Ursächlichkeit verstanden, nichts anderes als Wiedergutmachung begangener Fehler oder Unterlassungen.

hat. Wenn auch vor einseitiger Deutung gewarnt werden muß, so erblickt doch Bronsart von Schellendorf in jenem Wort einen ernsten Hinweis auf die Sache. Selbstverständlich darf die Sorge um Verpflegung nicht höchster Zweck bleiben; es werden mit andern Worten sogar einer wohlvorbereiteten und ausgezeichnet belieferten Armee schwere Entbehrungen nicht erspart werden können.

Aber nicht nur die Armee meldet ihre Bedürfnisse. In ungefähr gleichem Maße wollen die Volksteile, die nicht zu Grenzhut und aktiver Abwehr aufgeboten sind, mit dem Lebensnotwendigsten versehen werden. Daß die materielle Vorsorge für Heer und Volk von langer Hand vorbereitet werden muß, ist von unserm Generalstab längst erkannt worden. Er beschäftigt sich seit Jahren, leider ungenügend bevollmächtigt, mit dem komplizierten Problem. Es ist das Verdienst von Oberleutnant Samuel Streiff, in einem fleißigen und gründlichen Preismanuskript, das bis vor kurzem den Weg zu den höchsten Stellen noch nicht gefunden hat, Bausteine für die Fundamentierung der wünschenswerten Arbeiten zusammengetragen zu haben.

Vergegenwärtigen wir uns einmal die von Natur, Lage und Bodenbestand diktierten Lebensbedingungen im Frieden und bei durchaus geordneten Beziehungen zu unsern Nachbarstaaten. Wenn wir den günstigsten Fall nehmen, müssen wir drei Viertel des Körnerbedarfs aus dem Ausland beziehen, wobei allerdings hinzugefügt werden soll, daß die Eigenproduktion im Notfall noch bedeutend über das eine Viertel hinaus gesteigert werden könnte. Alle Erze fehlen, selbst wenn wir uns beispielsweise noch so viel Mühe geben, das so eminent wichtige Kupfer nach Möglichkeiten in Bauten und für Gebrauchsgegenstände planmäßig zu verwenden, um dann in kritischen Tagen auf die getarnten Vorräte greifen zu können. Es fehlen Kohlen und Mineralöle; es fehlen Rohstoffe für die Textilien. Ernährung und Bekleidung des ganzen Volkes und die Bewaffnung der Armee hängen eigentlich von den Zufuhrchancen ab. Die Zufuhr von Rohstoffen ist von 57 Millionen q. im Jahre 1913 auf 27,8 im Jahre 1918 gefallen, die Zufuhr von Lebensmitteln im gleichen Zeitraum von 17 auf 5 Millionen q. und die der Fabrikate von 5,6 Millionen auf 2 Millionen q. Unser Land kann durch Unterbindung der Importe ohne Schwertstreich wirtschaftlich bezwungen oder als Machtfaktor völlig ausgeschaltet werden. Nach den bestehenden Staatsverträgen

wären unsere Nachbarn im Weltkrieg hiezu ermächtigt gewesen, zumal uns für den Fall ihrer Mobilmachung die freie Aus- und Durchfuhr von keinem ausdrücklich garantiert war. Wenn es uns geglückt ist hereinzubekommen, wessen wir bedurften, so wird es nicht immer so sein, daß für unsere Versorgung besonders wichtige und befähigte Staaten daran interessiert sind, unsere staatliche Selbständigkeit und Wehrfähigkeit zu erhalten. Es ist deshalb ein bedeutendes Werk wirtschaftlicher Vorsorge, durch Staatsverträge Bürgschaft für ausreichende Belieferung zu schaffen, beziehungsweise Durchfuhrverbote wegzubedingen. Die Unzahl der Improvisationen und internationalen Verlegenheitsabkommen zu Anfang und während des Krieges ist Beweis mehr dafür, daß wir nicht in allen Teilen vorschauend gerüstet waren.

Wären wir nun ohne eigene Schuld ins Kriegsgeschehen hineinmanövriert worden, hätte es gegolten, einen Durchmarsch fremder Heere zu verhindern oder sich der Fatalität, Kriegsschauplatz fremder Streitkräfte wie in den Jahren nach der Französischen Revolution zu werden, mit unserer Armee zu erwehren, dann erst wären wir inne worden, was alles zur rechten Zeit vorzukehren ist, um eine Prüfung in Ehren zu bestehen.

An den Anfang einer kurzen Besprechung der dringlichsten Fragen wirtschaftlicher Vorsorge stelle ich die Sicherung der unentbehrlichen Rohstoffe. Umfassende Bestandesaufnahmen über verfügbare Materialien und Lagerungsmöglichkeiten sind im Weltkrieg erst mitten in allen Schwierigkeiten erfolgt. Statt dessen sollte schon im Frieden und über das hinaus, was in verdienstlicher Weise bereits von der Kriegstechnischen Abteilung vorgekehrt ist, festgestellt werden, wie groß die Rohstoffvorräte im Lande unter normalen Verhältnissen sind. Ergänzend wäre sodann der monatliche Bedarf des Volkes an Nahrungsmitteln, Fabrikationsmaterial, Hilfsstoffen und fremden Fabrikaten bei Beschränkung auf das Allernotwendigste zu errechnen. Auf Grund dieser gewonnenen Vorzahlen kann auf die Höhe der zu äufnenden Lagerbestände geschlossen werden, unter die nicht gegangen werden darf, wenn Volk und Armee während gewisser erster Kriegsmonate genügend versorgt sein sollen. Selbstverständlich bieten die Erfahrungen des Aktivdienstes gut verwendbare Unterlagen.

Ferner hätten wir uns über unsere fabrikatorische Gesamtkapazität, das heißt schematisch darüber Rechenschaft zu geben, inwiefern

die industriellen, gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebe des Landes imstande wären, einerseits das Heer zu bedienen und ständigen Ersatz zu liefern und anderseits den verschiedensten Bedürfnissen des in rückwärtigen Positionen arbeitenden Volkes zu entsprechen. Einleuchtend ist, daß man die unbedingten Bedürfnisse zum Ausgangspunkt nimmt und vor allem Luxuswünsche außer Betracht läßt; denn die Befriedigung der letztern ist mit ein Hindernis, alle verfügbaren Geldmittel in den Dienst der Hauptaufgabe, der militärischen Landesverteidigung, zu stellen. Dagegen ist der Übelstand, der bei der Milizarmee im ungebührlich raschen Verschleiß vor allem der persönlichen Ausrüstung besteht, mit einzukalkulieren. Vom Generalstabschef ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß die Truppe für Erhaltung des anvertrauten Materials viel mehr zur Selbsthilfe sollte angeleitet werden.

Die Untersuchung hätte sich auf die weitere Frage auszudehnen, ob und in welchem Umfange und in welcher Zeit Fabrikbetriebe, die für Zivilbedarf installiert sind, sich auf die Herstellung von Kriegsmaterial umzustellen befähigt wären. Noch heikler sind sodann die Präventivmaßnahmen, die es im gegebenen Augenblick ermöglichen sollen, an der Grenze oder sonst in gefährdeter Zone gelegene Betriebe zu dislozieren, zu dezentralisieren und innerhalb nützlicher Frist betriebsfähig zu machen. Die Verhältnisse, wie sie im Laufe einer hundertjährigen Friedensperiode bei uns geworden sind, liegen, militärisch betrachtet, ungünstig genug.

Die zwecks Versorgung als wünschenswert erscheinenden Anordnungen besagen zugleich für jeden, der hören will, wie sehr wir um des Ernährungs- und Fabrikationsraumes willen allen Grund haben, militärisch die vorderste Linie zu verstärken und sie gleichsam zu widerstandsfähigen Außenwerken auszubauen. Die strategischen Überlegungen müssen für ein Land von dem Umfang des unsrigen und der durch die Bodengestaltung vorgezeichneten wirtschaftsgeographischen Eigenart andere sein als für Großstaaten und Flachländer. Aufgedonnerte Belehrungen über Notwendigkeit und Vorteile des Bewegungskrieges unter allen Umständen, auch in unserer Lage, lassen allzu viel die Lebensbedingungen von Armee und Volk, soweit es sich nicht um einen Bündnisfall handelt, außer acht.

Zweifel in die jederzeitige Bereitschaft und Fähigkeit der Privatbetriebe, Kriegsbetriebe zu werden, haben schon den Gedanken aufkommen lassen, ob die staatlichen Kriegswerkstätten nicht auch

zur Herstellung von Friedenswaren übergehen sollten unter selbstverständlicher Sicherung der Möglichkeit, sozusagen von einem Tag auf den andern die Erzeugung von Kriegsgeräten aufzunehmen. Daß sogar die zwangsweise Heranziehung der Privatindustrie für Kriegsmaterialliefer ungen vorbereitet sein will, sei ebenfalls noch erwähnt.

Zur Erzeugung alles dessen, was der Krieg verlangt und das Volk bedarf, benötigt das Land ausreichender Arbeitskräfte. Es sind die vorübergehende oder dauernde Dienstbefreiung unentbehrlicher Spezialarbeiter und die allenfalls wünschenswerte Ablösung auswechselbarer Dienstpflichtiger schon in Friedenszeiten vorzumerken. Bei gleichwertiger Brauchbarkeit wird man namentlich ältere Jahrgänge zur Beschäftigung in hinterer Linie in Aussicht nehmen. Daß gewisse Arbeiten ohne Nachteil an weibliche Arbeitskräfte überleitet werden können, hat der Weltkrieg gezeigt.

Die gesamte Gütererstellung und Warenverteilung muß von zentraler Stelle aus geleitet werden, so daß zwischen der Versorgung der Armee und dem Dienst am Volke möglichst wenig Reibung entsteht. Darüber hinaus ist dem Export, soweit dies noch möglich ist, Raum zu geben und seine Angebote zu einem kompensatorischen Warenaustausch mit dem Ausland auszunützen.

Zusammenfassend wäre also zu sagen: wenn für ausreichende Zufuhr, nötige Lagerhaltung und Gütererzeugung aus eigener Kraft die Voraussetzungen fehlen, so wird eintreten, was 1914 zwangsläufig hätte eintreten müssen, wenn uns das Geschick in die kriegerischen Ereignisse einbezogen hätte. Aus der notorischen Tatsache des Ungenügens bestehender Vorräte und der aus zum Teil politischen Rücksichten unterbliebenen planmäßigen Vorsorge wäre eine untragbar große Knappheit am Unentbehrlichsten entstanden und hätte unsere militärischen Chancen aus rückwärtiger Linie zunichte gemacht. Wir waren ja trotz des für uns glimpflichen Verlaufes der großen Auseinandersetzung so schon vielfach derart beengt, daß wir uns mit schlechtem Material behelfen und im übrigen auf die Gnade des Auslandes verlassen mußten. Die Unselbständigkeit in der Beschaffung der Ausrüstung ergibt sich beispielsweise am deutlichsten daraus, daß wir während des Krieges nicht einmal die feldmäßige Kopfbedeckung der Wehrmänner im Lande herstellen konnten. Genügen Handel und Industrie aus Mangel an Rohmaterialien den Anforderungen nicht und gerät dadurch das Land in außerordentliche Bedrängnis, so ist die rasch wachsende Teuerung eine

weitere bedenkliche Folge, die sich auch auf die Heeresführung überträgt und die ohnehin unsagbar hohen Kriegskosten ins Phantastische steigert. Um einer unnötigen Verteuerung durch die private Konkurrenz vorzubeugen, müßten die Funktionen des Einkaufes respektive der Einfuhr mit Vorteil einem einzigen Vertreter oder einer Einkaufskommission überantwortet werden.

Bei aller Voraussicht wird zwar jeder Staat im Kriegsfall zu Improvisationen genötigt sein. Selbst wir, die wir neutral bleiben durften, haben uns zur Regulierung des nationalen Haushaltes mit über tausend Notverordnungen behelfen müssen. Überrascht der Krieg aber ein wirtschaftlich nicht oder ungenügend vorbereitetes Land, so wird es über dem Nachholen des Versäumten die militärischen Operationen irgendwie benachteiligen, wobei die Überstürzung der Ereignisse von selbst dafür sorgt, daß Fehler sich häufen und tödliche Unbesonnenheiten mit unterlaufen. Das alles mahnt eindringlich genug, nicht auf gut Glück zu vertrauen, sich nicht den Zufälligkeiten und Noteinfällen auszuliefern, sondern in ruhigen Zeiten in ausgedehntestem Maße Vorbereitungen für die wirtschaftliche Kriegsmobilmachung zu treffen.

So wie die Dinge heute liegen, wird die Schweiz energischer hinter die Lösung des Problems gehen müssen. Die militärischen Instanzen, die die Verantwortung für die Schlagfertigkeit der Armee und somit für die wirksame Landesverteidigung vor Volk und Land zu übernehmen haben, dürfen beanspruchen, daß diejenigen Departemente, die von der wirtschaftlichen Kriegsvorsorge mitberührt werden, ihnen ihre Unterstützung leihen. Unter Heranziehung des besondern Ratschlages der Volkswirtschafts-, Eisenbahn- und Finanzdepartemente und mit deren Zustimmung wird der Bundesrat schlüssig werden müssen, ob er nicht dem Militärdepartement die Vollmacht erteilen wolle, das Studium der wirtschaftlichen Mobilmachung auf breiter Anlage an die Hand zu nehmen. Wer mit den weiteren Arbeiten betraut werden soll, ist zunächst eine Frage zweiter Ordnung. Auch braucht darüber nicht von Anbeginn entschieden zu werden, ob eine besondere Abteilung für Kriegswirtschaft gebildet werden soll. Sind die Vorarbeiten so weit, so kann aus den Organisations-Beispielen des in dieser Richtung sehr gerüsteten Auslandes einfach das für unsere Bedürfnisse etwa passende gewählt werden.

Der Weltwirtschaftskrieg, den wir heute miterleben und erdulden, gibt uns einen besonders günstigen Einblick in die Kapazität des eigenen Landes. Es gilt die Chancen erleichterter Feststellung unserer Fähigkeiten auszunützen und die Grundzahlen zu liefern, auf die die wirtschaftlichen Mobilmachungspläne aufgebaut und ausgearbeitet werden können. Erst wenn auch diese Pläne (Finanz-, Kredit-, Anbau-, Einfuhr-, Fabrikations-, Verteilungs- und Verpflegungsplan), wohlgeordnet und ständig nachgeführt, neben den militärischen ruhen, dürfen wir uns vor unserm eigenen Gewissen zugestehen, daß wir für eine ausdauernde Landesverteidigung so gut gerüstet sind, als es von einem Land unserer besondern geographischen und politischen Eigenart erwartet werden kann.

Armeefeindliche Kräfte

von Ernst Schürch, Chefredakteur des «Bund»

Wie alles, was im Leben steht, so stößt auch die Armee ringsum auf hemmende Gewichte, Widerstände, Gegenkräfte, und hat das Recht und den Raum, deren sie zur Erfüllung ihrer Aufgabe bedarf, auf hundert Feldern zu verteidigen.

Sie hat in der Demokratie mit besondern Schwierigkeiten zu schaffen. Ihr ganzes Gefüge ist auf Unterordnung und Disziplin gestützt. Im politischen Leben aber herrscht die Souveränität des Volkes; die politische Schichtung wird durch Wahlen und Sachentscheide von unten nach oben gebildet, das letzte Wort hat die Gesamtheit, und jede Instanz verdankt ihre Macht dem weitern, untern Kreise: die Regierung dem Parlament, das Parlament dem Volk, und darum geht hier die Verantwortung von oben nach unten. Der «oberste» Wille liegt in der Basis.

In diese politische ist die militärische Pyramide eingebaut. Hier wird aber nicht von unten nach oben gewählt, sondern von oben nach unten ernannt; der oberste Wille liegt in der Spitze, im Aktivdienst in der einen Person des Generals, und die Verantwortung geht von unten nach oben: jeder hat seinen Vorgesetzten Rechenschaft abzulegen.